

Dokumentation
der

SOZIAL KONFERENZ RUHR

vom 15.03.2018, Mercatorhalle Duisburg

**Wirksam gegen Langzeitarbeitslosigkeit –
Großstadregionen handeln**

INHALT – PROGRAMMPUNKTE

Dokumentationstext: Claudia Heinrich

Begrüßung 3

Thomas Krützberg, Stadt Duisburg
Olaf Schade, Ennepe-Ruhr-Kreis
Josef Hovenjürgen, Regionalverband Ruhr

Soziale Lage und kommunale Sozialausgaben 4

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, TU Kaiserslautern

Langzeitarbeitslosigkeit – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung 5

Christiane Schönefeld, Regionaldirektion NRW
der Bundesagentur für Arbeit

Inputdialog: Praxisberichte 7

Frank Böttcher, Jobcenter Bochum
Dietmar Gutschmidt, Jobcenter Essen

Erfolgsgeschichten kommunaler Arbeitsmarktstrategien 9

Service-Center lokale Arbeit für Dortmund

Thomas Westphal, Wirtschaftsförderung Dortmund

Aktivieren und Befähigen. Ganzheitliche Integrationsstrategien

Dr. Matthias Schulze-Böing, MainArbeit Offenbach

Hamburg: Arbeitspolitik für Eltern

Jürgen Gallenstein, Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration, Hamburg

**Ansätze zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit
aus Sicht der Landesregierung** 12

Karl-Josef Laumann, Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales NRW

Expertengespräch: Lösungsansätze 14

Torsten Withake, Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit
Birgit Westphal, Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne
Michael Hermund, DGB Nordrhein-Westfalen

**Politik im Gespräch: Zusammenarbeit von Bund, Land und Kommunen
im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung** 17

Karl-Josef Laumann, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Burkhard Hintzsche, Städtetag NRW
Dr. Frank Dudda, Stadt Herne
Karola Geiß-Netthöfel, Regionalverband Ruhr

BEGRÜSSUNG

Thomas Krützberg, Stadt Duisburg
Olaf Schade, Ennepe-Ruhr-Kreis
Josef Hovenjürgen, Regionalverband Ruhr

Gastgeber Thomas Krützberg, Dezernent der Stadt Duisburg, heißt die 250 TeilnehmerInnen in der Duisburger Mercatorhalle willkommen. Bereits in den Begrüßungsworten offenbaren sich verschiedene Perspektiven auf Ursache und Maßnahmen gegen die selbst in Zeiten guter Konjunktur unvermindert hohe Langzeitarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet. Während Josef Hovenjürgen vom Veranstalter RVR die Schaffung von Arbeitsplätzen als Schlüssel zu mehr Beschäftigung sieht und in dem Zusammenhang die restriktive Industrieflächenausweisung kritisiert,

identifiziert Landrat Olaf Schade aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis das Problem vorrangig im fehlenden Stellenangebot für Geringqualifizierte: „Auch die Menschen, die nicht in den jetzigen Arbeitsmarkt passen, brauchen eine Chance.“ Olaf Schade präferiert die Etablierung eines lang laufenden Förderprogramms für unbefristete Maßnahmen im sozialen Arbeitsmarkt. Er fordert einen kommunal, also dezentral gesteuerten öffentlichen Arbeitsmarkt. Die Diskussion ist eröffnet.

von links nach rechts:
Helmut Rehmsen,
Landrat Olaf Schade
(Ennepe Ruhr Kreis),
Beigeordneter der
Stadt Duisburg
Thomas Krützberg,
MdL Josef Hoven-
jürgen (Vors. der VV)



SOZIALE LAGE UND KOMMUNALE SOZIALAUSGABEN

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, TU Kaiserslautern

Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur negativ auf die Betroffenen, sondern auch auf die Kommunen in der Metropolregion Ruhr aus. Eine vom RVR in Auftrag gegebene Analyse zu den kommunalen Sozialausgaben kommt zu dem Ergebnis, dass die Ruhrgebietskommunen seit Jahren überdurchschnittlich hohe Sozialausgaben tragen – doch nicht, weil sie unwirtschaftlich agierten. Prof. Dr. Martin Junkernheinrich kann mit seiner Analyse

Prof. Dr. Martin
Junkernheinrich



und umfangreichem Zahlenwerk diesen oft geäußerten Vorwurf entkräften: Entscheidend für die überdurchschnittlich hohen Ausgaben ist die hohe

Langzeitarbeitslosenquote im Ruhrgebiet: die Falldichte, nicht die Fallkosten.

Er veranschaulicht die Problematik anhand der Kosten der Unterkunft. Bemisst man die Kosten an der Einwohnerzahl, ergeben sich mit 424,80 Euro hohe Bruttowerte für die kreisfreien Städte im Ruhrgebiet (Nordrhein-Westfalen: 279,00 Euro, westdeutsche Flächenländer: 187,30 Euro). Nimmt man aber die tatsächlichen Fallkosten in den Blick, liegt das Ruhrgebiet im Mittelfeld.

Als maßgebliches Problem identifiziert Junkernheinrich einen seit Jahrzehnten von der Konjunktur abgekoppelten Kern an Sozialleistungsempfängern, der sich durch „Armutskarrieren“ weiter verfestigt. Dies kommt die Region teuer zu stehen. Kostenreduktion geht nur durch Fallzahlenabbau. Ein dauerhaft aufnahmefähiger Arbeitsmarkt vor Ort ist dabei unerlässlich. Mit dem Wunsch nach stärkerer Orientierung der Kommunalfinanz-

KOSTENREDUKTION GEHT NUR DURCH FALLZAHLENABBAU

Für die aktuelle Studie hat Prof. Dr. Junkernheinrich erstmals die Sozialstatistik ausgewertet. „Die klassische Finanzstatistik kennt nur die Einwohnerzahl als Bezugsgröße und betrachtet seit Jahrzehnten nur Ausgaben pro Einwohner. Sie kennt nicht die Zahl der Fälle“, erläutert er. „Wir haben dagegen die Leistungsempfänger als Belastungsindikator in den Blick genommen.“ Die Anzahl der Leistungsempfänger je Einwohner definiert die Falldichte. „Wenn man die Ausgaben in Relation zu den Leistungsempfängern betrachtet, lassen sich die Fallkosten ermitteln.“

zierung an sozialen Belastungskriterien beschließt Junkernheinrich seine Präsentation: „Als Anregung: den kommunalen Anteil an Umsatzsteuern nach sozialen Belastungskriterien verteilen.“

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT – EINE GESAMTGESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNG

Christiane Schönefeld, Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit

In ihrem Vortrag konstatiert Christiane Schönefeld, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, dass die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt leider keinen positiven Effekt auf die seit Jahren nahezu unverändert hohe Langzeitarbeitslosigkeit hat. Nur etwa jede/r zehnte Langzeitarbeitslose findet eine Stelle am ersten Arbeitsmarkt.

Dabei muss man differenzieren, die Gruppe der Langzeitarbeitslosen ist heterogen: 40 % sind älter als 50 Jahre, 8 % sind schwerbehindert, etwa 65 % haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und/oder maximal einen Hauptschulabschluss, mehr als die Hälfte sucht eine Helfertätigkeit. Ohne ausreichende Qualifikationen ist die Aussicht auf eine Beschäftigung aber gering.

Einen besonderen Fokus lenkt Schönefeld auf die 35 % Bedarfsgemeinschaften mit über 550.000 Kindern. In 20 % dieser Familien sind beide Elternteile arbeitslos und legen so die Grundlage für Sozialhilfekarrieren in der dritten, vierten, sogar fünften Generation.

Drei Ansätze gegen Langzeitarbeitslosigkeit stellt sie vor:

1. Prävention durch einen familienzentrierten Ansatz und ganzheitliche Betreuung der Bedarfsgemeinschaft. Dazu gehört die Vorbereitung auf das Arbeitsleben so früh wie möglich, u. a. durch mehr Schülerpraktika in Unternehmen.
2. Integration durch neue Formen von Qualifizierung. Wer weder Schulabschluss noch Ausbildung hat, ist für mehrjährige Qualifizierungen mit

LANGZEITARBEITLOSE:

**40 % SIND ÄLTER ALS 50 JAHRE,
8 % SIND SCHWERBEHINDERT,
ETWA 65 % HABEN KEINE
ABGESCHLOSSENE BERUFSAUSBILDUNG**

anschließender Prüfung kaum zu gewinnen. „Der traut sich das nicht zu. Da brauchen wir andere, kürzere Wege“, sagt Christiane Schönefeld. Ihre Anregung: Qualifizierungsmodule mit Arbeitsphasen zu kombinieren. Auch individuelle Nachbetreuung sieht sie als einen Erfolgsfaktor.

3. Soziale Teilhabe
Die 4 Mrd. Euro, die der Koalitionsvertrag in Aussicht stellt, könnten für NRW 40.000–50.000 Arbeitsplätze im sozialen Arbeitsmarkt bedeuten.

Am runden Tisch sollen Land, Arbeitsagenturen, Jobcenter und Kommunen gemeinsam mit den Sozialpartnern überlegen, wie und wo Arbeitsplätze möglichst nah am ersten Arbeitsmarkt eine



Christiane Schönefeld

**SCHÖNEFELD LENKT FOKUS AUF DIE
35 % BEDARFGEMEINSCHAFTEN
MIT ÜBER 550.000 KINDERN.
IN 20 % DIESER FAMILIEN SIND BEIDE
ELTERNTEILE ARBEITSLOS.**

möglichst dauerhafte Beschäftigung vorbereiten können. Schönefeld schließt mit einem Appell an Arbeitgeber, nicht auf den perfekten Bewerber zu warten, sondern auch mal jemanden einzustellen, der noch nicht heute, sondern erst morgen die erwartete Leistung bringt.



von links nach rechts:
Helmut Rehmsen,
Frank Böttcher
(Jobcenter Bochum),
Dietmar Gutschmidt
(Jobcenter Essen)

Frank Böttcher, Jobcenter Bochum, Dietmar Gutschmidt, Jobcenter Essen

Nach der Diagnose nun zur Praxis: Die Leiter der Jobcenter Bochum, Frank Böttcher, und Essen, Dietmar Gutschmidt, berichten von ihren konkreten Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und von Hindernissen.

Menschen motiviert. Nicht alle könnten erreicht werden und am ersten Arbeitsmarkt unterkommen, gibt Gutschmidt zu. Für sie ist der „soziale Arbeitsmarkt“ sinnvoll: rauskommen aus den vier Wänden und eine sinnhafte Beschäftigung

AUSSERORDENTLICH GUTE ERGEBNISSE WEIL DAS PERSÖNLICHE THEMA MENSCHEN MOTIVIERT

„Unser Schwerpunkt seit über vier Jahren ist ‚Arbeit und Gesundheit‘“, berichtet Dietmar Gutschmidt. Das kommunale Jobcenter Essen (1081 MitarbeiterInnen) hat intern 50 motivierende GesundheitsberaterInnen ausgebildet und außerordentlich gute Ergebnisse bei der Integration von Langzeitarbeitslosen erzielt, weil das persönliche Thema

innerhalb der Gesellschaft ausüben. Das Essener Jobcenter nimmt an einem zweijährigen Modellprojekt des Landes NRW für 250 Langzeitarbeitslose teil. Gutschmidt wünscht sich langfristige Perspektiven – und speziell für junge Arbeitslose Unternehmen, die beides anbieten, Ausbildung und Arbeit. Ein großes Hemmnis: „Viele Förderprogramme

sind viel zu bürokratisch“, beklagt er. „Wir fordern: kein Regelwerk mehr über 100 Seiten! Jobcenter brauchen keine Regelungsdichte, sondern die Möglichkeit, vor Ort zu gestalten. Da ist weniger mehr.“

Dem kann sich Frank Böttcher nur anschließen. Seine 600 MitarbeiterInnen betreuen zurzeit rund 6.800 Langzeitarbeitslose – mit Blick aufs Individuum.

Eine Herausforderung ist dagegen die Betreuung der Familie, der sog. Bedarfsgemeinschaft. Wo es mehrere Betroffene in einer Bedarfsgemeinschaft gibt, werden sie von einer/einem gemeinsamen BetreuerIn begleitet, die/der die ganze Familie im Blick hat. In enger Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Kommune werden flankierende Beratungsangebote, Kinderbetreuung etc. offeriert.

FRANK BÖTTCHER:

**„FÜR VIELE EIN PROBLEM.
MAN MUSS SIE DAZU BRINGEN,
VERTRAUEN ZU FASSEN.“**

„Praktisch müssen wir hoch differenziert mit Profiling-Methoden vorgehen, um Stärken und Schwächen des Einzelnen herauszuarbeiten.“ Manche brauchen nur einen Anstoß in der Beratung, andere muss man langfristig betreuen und qualifizieren. „Für viele ein Problem. Man muss sie dazu bringen, Vertrauen zu fassen.“ Bei einem Betreuungsschlüssel von 1:150 ist das nicht unmöglich.

Wie sein Essener Kollege hält er aktuelle Programme wie „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ zwar für eine gute Lösung für den Einzelfall, kritisiert aber die Befristung, die enormen Kosten für die öffentliche Hand und den hohen administrativen Aufwand.

ERFOLGSGESCHICHTEN KOMMUNALER ARBEITSMARKTSTRATEGIEN

Service-Center lokale Arbeit für Dortmund

Thomas Westphal, Wirtschaftsförderung Dortmund

Aktivieren und Befähigen. Ganzheitliche Integrationsstrategien

Dr. Matthias Schulze-Böing, MainArbeit Offenbach

Hamburg: Arbeitspolitik für Eltern

Jürgen Gallenstein, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Hamburg

Drei Verantwortliche aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands sprechen über ihre erfolgreichen Arbeitsmarktstrategien.



von links nach rechts: Helmut Rehmsen, Thomas Westphal (Wirtschaftsförderung Dortmund), Dr. Matthias Schulze-Böing (MainArbeit Offenbach), Jürgen Gallenstein (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg)

nicht individuell, nicht ruhrgebietspezifisch, sondern national: „Es wird immer nur auf qualifizierte Jobs, neue Technologien, Fachkräftemangel oder persönliche Handicaps der Arbeitslosen geschaut“, sagt er. Die eigentliche Herausforderung ist: Es gibt sehr viele ungelernte Arbeitssuchende, aber nicht mehr genug Helferjobs. Im Rahmen des Ende 2017 angelaufenen Modellprojekts „Service Center lokale Arbeit für Dortmund“, das als eines von fünf Modellprojekten zur Integration von Langzeitarbeitslosen vom Land mit 5,5 Mio. Euro unterstützt wird, vertritt Westphal einen unternehmerischen Ansatz. Das Ziel: neue Helferjobs im ersten Arbeitsmarkt schaffen. Ein Ansatz ist, kommunale Aufträge (abgestimmt mit der zentralen Vergabestelle)

THOMAS WESTPHAL BEGREIFT LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT ALS STRUKTURELLES PROBLEM GROSSSTÄDTISCHER REGIONEN – NICHT INDIVIDUELL, NICHT RUHRGEBIETSSPEZIFISCH, SONDERN NATIONAL

Thomas Westphal, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Dortmund, begreift Langzeitarbeitslosigkeit als strukturelles Problem großstädtischer Regionen –

nur den Unternehmen zu erteilen, die Langzeitarbeitslose einstellen. Ein weiterer Ansatz: MitarbeiterInnen gehen als Scouts in Dortmunder Unterneh-

men, beraten und identifizieren einfache Tätigkeiten. „Was vielleicht zurzeit ein qualifizierter Mitarbeiter macht, könnte delegiert werden – von Glühbirnen wechseln, Botendienste bis Gebäude- oder Grünpflege. Wenn man genau hinschaut und Aufgabenfelder sammelt, kommt plötzlich eine Vollzeitstelle heraus.“ Ende 2018 wird eine erste Zwischenbilanz gezogen.

das von Beginn an vom Jobcenter durch intensives Coaching begleitet wird und nicht mit Arbeitsaufnahme endet: Jobvermittlung steht nicht im Vordergrund, etwa Dreiviertel finden ihre Stelle in Eigeninitiative.

Auch Jürgen Gallenstein, Leiter des Amts für Arbeitsmarktpolitik in Hamburg, nimmt die Familie in den Fokus: In

SCHULZE-BÖING STELLT OFFENBACH ALS „EINE ART RUHRGEBIET IM RHEIN-MAIN-RAUM“ VOR.

Das Offenbacher Jobcenter geht seit rund zwölf Jahren einen anderen Weg: Es leistet Hilfe zur Selbsthilfe, wie Geschäftsführer Dr. Matthias Schulze-Böing das Prinzip der ganzheitlichen Integrationsstrategie erläutert. „Aktivieren und befähigen – mit Anstoß und Begleitung durch das Jobcenter helfen die Kunden sich selbst, was auch ein größeres Erfolgserlebnis bedeutet.“ Schulze-Böing stellt Offenbach als „eine Art Ruhrgebiet im Rhein-Main-Raum“ vor; mit ähnlichen Themen, u. a. dem mit 60 % bundesweit höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Besondere Probleme sind die niedrige Frauenbeschäftigung und hohe Hürden bei der Integration. Die Gender-Lücke wird fortwährend kontrolliert und evaluiert. „Wir setzen auf einen Familienservice aus Beratung zu Kinderbetreuung, Randzeitenbetreuung, zeitweise auf eigene Kita-Angebote – und versuchen u. a. mit einem konkreten Projekt, Frauen mit Migrationshintergrund für Pflegeberufe zu gewinnen. Das wird gut angenommen.“ Ein Erfolgskonzept,

Hamburg lebt jedes fünfte Kind in einem Haushalt mit SGB-II-Bezug. Speziell kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind von Armut bedroht. „Wir machen Arbeitsmarktpolitik für Eltern – nicht für Einzelpersonen, sondern die gesamte Bedarfsgemeinschaft.“ Die Unterstützung für Familien ist vielfältig und reicht von Frühen Hilfen und Krippen über beitragsfreie Kitas bis zu Ganztagschulen mit Freizeitangeboten. Der strategische Ansatz: Arbeitsmarktpolitik und Familienpolitik gehen Hand in Hand, Familienberater und Jobcenter-Berater kooperieren. Das Konzept ist kein Programm, sondern ein Prozess mit stetigem Austausch und gemeinsamen Fallbesprechungen. Diese Langzeitbegleitung wird bereits für werdende Mütter angeboten, wobei Arbeitsaufnahme zu Beginn noch nicht im Mittelpunkt steht. Langfristiges Ziel ist es, dass in jeder Bedarfsgemeinschaft mit Kindern ein Erziehender einer Arbeit oder Ausbildung nachgeht. Auch Teilzeit ist eine Option, um den Tag zu strukturieren und den Kindern als Vorbild zu dienen. Im Rahmen des „Hamburger

HAMBURGS ANSATZ:

... ARBEITSMARKTPOLITIK UND FAMILIENPOLITIK GEHEN HAND IN HAND, ...

Modells für Eltern“ werden vom Jobcenter Hamburg derzeit Arbeitsverhältnisse über maximal ein Jahr mit monatlichen Pauschalen gefördert.

Zum Abschluss äußern die drei Referenten ihre Zukunftswünsche: dass alle Kooperationspartner und Behörden mit kompatiblen IT-Systemen ausgestattet werden und künftig leichter zusammenarbeiten können (Gallenstein), dass der Datenaustausch nicht durch übertriebene Datenschutzbestimmungen behindert wird und alle MitarbeiterInnen, PartnerInnen und Behörden ohne Rivalitäten

an einem Strang ziehen (Schulze-Böing). Und letztlich: höhere Projekt-Förderung (Westphal). Westphals Anregung an den Bund, einen kommunalen Arbeitsmarktfonds zur Unterstützung von Auftragsvergaben an einstellungswillige Unternehmen einzurichten und damit den Kommunen mit der höchsten Langzeitarbeitslosenquote den größten Teil der im Koalitionsvertrag ausgehandelten Förderung zuzubilligen, leitet über zum Vortrag des Landesarbeitsministers Karl-Josef Laumann.

ANSÄTZE ZUR BEKÄMPFUNG DER LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT AUS SICHT DER LANDESREGIERUNG

Karl-Josef Laumann, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW

Karl-Josef Laumann startet seinen Vortrag mit persönlich formulierten Statements: „Punkt 1: Dass Hartz IV nicht nur – wie geplant – eine vorübergehende Leistung ist, sondern für zu viele Menschen eine langandauernde Unterstützung geworden ist, damit dürfen wir Arbeitsmarktpolitiker uns nicht abfinden. Punkt 2: Wir müssen den Transfer von Passiv- zu Aktiv-Leistungen hinkriegen!“ 1,2 Mio. Menschen in NRW beziehen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, 540.000 bereits seit über vier Jahren, davon 200.000 im Ruhrgebiet. Für die Arbeitsmarktpolitik im Ruhrgebiet gaben Land und Jobcenter zusammen über 400 Mio. Euro pro Jahr aus.

Bei den Koalitionsverhandlungen ist daher verabredet worden, ein neues Regelinstrument im SGB II zu verankern, um „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ zu realisieren. Dazu soll der Eingliederungstitel um 4 Mrd. Euro für einen Zeitraum von vier Jahren erhöht werden, also 1 Mrd. Euro pro Jahr, um bundesweit etwa 150.000 Langzeitarbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Geschätzt geht etwa ein Drittel des Bundesgeldes an NRW, die Hälfte davon ins Ruhrgebiet, wo es circa 20.000 Langzeitarbeitslosen zugutekommen soll. „Für die müssen wir nun etwas planen“, so Laumann. Darüber hinaus soll ein Passiv-Aktiv-Transfer in den Ländern ermöglicht werden. Der Bund soll die eingesparten Passiv-Leistungen

MINISTER LAUMANN:

„ ... ZIEL IST ES, BEI DER BETREUUNG DER LANGZEITARBEITSLSEN DIE GANZE FAMILIE IN DEN BLICK ZU NEHMEN.“

Minister Laumann weist auf den gerade abgeschlossenen Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung hin. In diesem ist unter anderem vereinbart, Menschen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, die schon sehr lange arbeitslos sind. „Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen Bund und Land die Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Ziel ist es, bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen die ganze Familie in den Blick zu nehmen.“



Karl-Josef Laumann

zusätzlich für die Finanzierung der Maßnahmen zur Verfügung stellen. Gemeinsamen mit Christiane Schönefeld lädt der

Minister alle Arbeitsmarktpartner zum Austausch ein: „Um die Ziele umsetzen zu können, sind Bund, Land und die Akteure direkt vor Ort gefordert. Deshalb suchen wir als Land den Schulterschluss mit dem Ruhrgebiet. Überlegen Sie schon jetzt, was Sie ausprobieren möchten, damit wir 2019 nicht mit heißer Nadel stricken müssen.“ Eine Kooperation von Jobcentern, Arbeitsagenturen, Kommunen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und Wohlfahrtsverbänden ist hierzu unerlässlich.

herauszukriegen. Wer mit Kollegen in einem klassischen Betrieb zusammenarbeitet, kommt in neue Kreise und eröffnet sich neue Möglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt, auch durch persönliche Netzwerke.“

Ganz wichtig ist Prävention: Schulabgänger in Lehrstellen statt in Maßnahmen bringen. Deshalb möchte Laumann in seiner Ausbildungspolitik neue Akzente für Jugendliche setzen und jährlich 1000 zusätzliche Ausbildungsstellen schaffen.

GANZ WICHTIG IST PRÄVENTION: SCHULABGÄNGER IN LEHRSTELLEN STATT IN MASSNAHMEN BRINGEN.

Nicht zielführend seien Maßnahmen, in denen Langzeitarbeitslose nur unter sich bleiben. „Für mich der wichtigste Ansatz zu Integration: die Leute aus ihrem Milieu

Sein Ziel ist es, dass alle Schulabgänger, auch schwer vermittelbare Jugendliche, „eine Lehrstelle in einem Betrieb finden und nach drei Jahren einen Gesellenbrief haben“.

EXPERTENGESPRÄCH: LÖSUNGSANSÄTZE

von links nach rechts:
Helmut Rehmsen,
Michael Hermund,
Birgit Westphal,
Torsten Withake



Torsten Withake, Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit
Birgit Westphal, Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne
Michael Hermund, DGB Nordrhein-Westfalen

Der zweite Konferenzteil startet mit einem Gespräch zwischen Torsten Withake, stellvertretender Leiter der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Birgit Westphal, Prokuristin der Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft Herne, und Michael Hermund, Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbunds NRW.

Jobcentern, die Kunden als Individuen mit persönlichen Stärken wahrzunehmen, zum dritten: einen pragmatischen Gestaltungswillen aller Verantwortlichen. „Matching heißt, Begegnungen schaffen zwischen Arbeitsuchenden und Unternehmen.“ Arbeitsagenturen könnten Praktika, Arbeitsbörsen, Messen, Speeddatings in und mit Unternehmen organi-

TORSTEN WITHAKE:

**„MATCHING HEISST,
BEGEGNUNGEN SCHAFFEN
ZWISCHEN ARBEITSUCHENDEN
UND UNTERNEHMEN.“**

Withake fordert den personalisierten Blick auf Langzeitarbeitslose: zum einen von Unternehmerseite die Offenheit, auch den Arbeitsuchenden mit lückenhafter Vita eine Chance zu geben, zum anderen von den BeraterInnen in den

sieren. „Wichtig ist mir, dass wir das als gemeinsame Aufgabe verstehen.“ Den MitarbeiterInnen und Verantwortlichen in den Jobcentern wünscht er beim neuen Regelinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ ein einfaches System der

Förderung, administrativ nicht zu komplex – für einen breiten, interessierten Teilnehmerkreis. „Aus einer einfachen Tätigkeit muss man sich weiterqualifizieren können, um damit die Chance auf eine Stelle am ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen.“ Doch auch Maßnahmen im sozialen Arbeitsmarkt sind gesamtgesellschaftlich wertvoll und sollten bekannt gemacht werden: „Wenn Bürger mitbekommen, dass sich dank Langzeitarbeitsloser im Stadtteil etwas verändert, trifft das auf Akzeptanz und Wertschätzung.“

Ein wichtiger Partner bei der Umsetzung des sozialen Arbeitsmarktes ist nicht zuletzt die Kommune selbst. „Wir kriegen Aufträge aus den verschiedenen Fachbereichen, zum Beispiel Renovierung einer Obdachlosenunterkunft, Umgestaltung von Friedhofsflächen zu Parkanlagen, Hausmeisterdienste in Flüchtlingsunterkünften. Im Förderbereich ‚Soziale Teilhabe‘ geht es z. B. darum, eine Schülerbibliothek oder Schulmedien zu verwalten, um Schulhof- und Grünpflege. Oder Reinigungsdienste: Die Sauberkeit

EIN WICHTIGER PARTNER BEI DER UMSETZUNG DES SOZIALEN ARBEITSMARKTES IST NICHT ZULETZT DIE KOMMUNE SELBST.

Das bestätigt Birgit Westphal. Seit nahezu 30 Jahren bringt die Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in unterschiedlichen Bereichen. „In enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter überlegen wir, wem wir wie helfen“, sagt Birgit Westphal. Zurzeit konnte die GBH 110 HerneInnen über unterschiedliche Förderprogramme in Maßnahmen vermitteln; hinzu kommen 56 Azubis. „Wir stellen ein Anforderungsprofil, das Jobcenter liefert passgenau. Dann folgt je nach Programm die Auswahl nach vorgelagerten Kompetenzfeststellungsmaßnahmen und Vorstellungsgesprächen.“ Dank hohem Engagement aller Beteiligten, auch JobcentermitarbeiterInnen und Coaches, ist man in Herne mit diesem Vermittlungskonzept sehr erfolgreich.

in der Stadt hat sich deutlich verbessert.“ Sinnstiftende Arbeit ist für Langzeitarbeitslose von hohem Wert, auch wenn Birgit Westphal bewusst ist, dass nicht alle Maßnahmenteilnehmer weiterqualifiziert und eingegliedert werden können.

Michael Hermund vom DBG schlägt vor, wie die jährliche Förderung des Bundes eingesetzt werden sollte: Wichtig zunächst „in die kommunalen Haushalte mit Sternchen einstellen: ‚ausschließlich zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit‘“ – für Dienstleistungen am sozialen Arbeitsmarkt, „die unsere desolaten Innenstädte schöner und lebenswerter machen und der Gesellschaft nützen“. Da sich nicht alle klammen Städte den sozialen Arbeitsmarkt leisten können, sind private Unternehmen selbstverständlich genauso gefragt wie Wohlfahrtsverbände

MICHAEL HERMUND:

**„IN MANCHEN STADTTEILEN
GIBT ES STRASSENZÜGE MIT EINER
ARBEITSLOSIGKEIT VON ÜBER 50 %.
IN GESPRÄCHEN GEHT ES DORT
NICHT UM ARBEIT, SONDERN
NUR UM ARBEITSLOSIGKEIT.“**

und andere Träger. Auch Städten in der Haushaltssicherung muss es ermöglicht werden, an den Programmen teilzunehmen. Vor 2019 sind Haushaltsordnungen so anzupassen, dass Kämmerer Arbeitslose einstellen dürfen.

Wie andere VorrednerInnen plädiert Hermund für lange Förderketten. „Kommunen blasen kurzfristig die Verwaltung auf und nach ein, zwei Jahren ist die Stelle verwaist“, klagt er. „Es kommt nie zum systematischen Aufbau von Personal für notwendige Arbeiten.“ Befristung verhindere zudem den sog. Kamineffekt: „In manchen Stadtteilen gibt es Straßen-

züge mit einer Arbeitslosigkeit von über 50 %. In Gesprächen geht es dort nicht um Arbeit, sondern nur um Arbeitslosigkeit.“ Der Kamineffekt trete dann ein, wenn man in solchen Vierteln mehrere Menschen in Arbeit bringt. Erfolg steckt an, beflügelt das Selbstwertgefühl und ermutigt die Nachbarn, die noch nicht im Programm sind.

Mit einem Appell aller drei ExpertInnen, ohne Konkurrenzdenken den gemeinsamen Schulterschluss zu wagen, geht es in die letzte Runde, in der die Politik zu Wort kommt.

POLITIK IM GESPRÄCH: ZUSAMMENARBEIT VON BUND, LAND UND KOMMUNEN IM BEREICH DER ÖFFENTLICH GEFÖRDERTEN BESCHÄFTIGUNG

Frank Böttcher, Jobcenter Bochum, Dietmar Gutschmidt, Jobcenter Essen
Karl-Josef Laumann, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Burkhard Hintzsche, Städtetag NRW
Dr. Frank Dudda, Stadt Herne
Karola Geiß-Netthöfel, Regionalverband Ruhr

Zur abschließenden Viererrunde nehmen Karola Geiß-Netthöfel vom Regionalverband Ruhr, NRW-Arbeitsminister Laumann, Dr. Frank Dudda, Oberbürgermeister der Stadt Herne, und Burkhard Hintzsche, Stadtdirektor Düsseldorf und Beigeordneter des Städtetags NRW, auf dem Podium Platz. Thema ist der allseits erwünschte Schulterschluss von Bund, Land und Kommunen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung.

offerieren zu können. Auf individuelle Profile der Langzeitarbeitslosen zugeschnittene Stellen zu erschließen, die es sonst nicht geben würde, „das geht nur, wenn wir auf der Ortsebene Strukturen haben, die auch auf Unternehmen zugehen“. Hintzsche favorisiert ein Bündnis gegen Langzeitarbeitslosigkeit mit allen Verantwortlichen. „Denn Teilhabe ist für die Demokratie auch gesamtgesellschaftlich von zentraler Bedeutung.“

BURKHARD HINTZSCHE:

**„DENN TEILHABE IST FÜR
DIE DEMOKRATIE AUCH
GESAMTGESELLSCHAFTLICH VON
ZENTRALER BEDEUTUNG.“**

Minister Laumann betont, dass er gemeinsam mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit „höllisch aufpassen wird, dass der Bund die Förderrichtlinien für die nächsten vier Jahre nicht zu kompliziert gestaltet“. Dies ist ganz im Sinne von Burkhard Hintzsche, der sich möglichst wenig Bundesvorgaben wünscht, um vor Ort Angebote und Maßnahmen zu entwickeln. Eine bunte Vielfalt ist vonnöten, um passgenaue Angebote

Ein solches „Bündnis für Arbeit“ existiert seit zweieinhalb Jahren in Herne, Birgit Westphal von der GBH sprach es bereits an. Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda erläutert das Erfolgskonzept, das alle Institutionen vernetzt – unter Leitung der städtischen Verwaltung. Mit Engagement und kreativen Ideen konnte man in Herne die Langzeitarbeitslosigkeit um fast 10 % reduzieren (5 % im Land). Und ist mittlerweile interkommunal aufgestellt



in einer Kooperation mit der Nachbarstadt Bochum. „Wir binden die Unternehmen ein, befragen sie nach ihren Wünschen und verarbeiten permanent die neuen Erkenntnisse.“ So werden nun Wege gesucht, Arbeitsmarktpolitik mit Familienförderung zu verbinden, um die „Vererbung“ von Armut zu verhindern.

von links nach rechts: Helmut Rehmsen, Karola Geiß-Netthöfel (RVR Regionaldirektorin), Burkhard Hintzsche (Städtetag NRW), Dr. Frank Dudda (OB Herne), Karl-Josef Laumann (Minister für Arbeit, Gesundheit, Soziales NRW)

helfen könne. „Das System muss atmen“, also Jüngeren erlauben, sich nach der Förderung eigeninitiativ in den ersten Arbeitsmarkt zu bewegen. „Man braucht die Mischung.“

MIT ENGAGEMENT UND KREATIVEN IDEEN KONNTE MAN IN HERNE DIE LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT UM FAST 10 % REDUZIEREN

„Bei den Recherchen haben wir festgestellt: Es gibt die Helferstellen“, räumt er mit einem Vorurteil auf. So eröffnete die Diakonie in Herne kürzlich ein Sozialkaufhaus, das gut angenommen wird und mit dem zwölf nach Tariflohn bezahlte einfache Stellen geschaffen wurden – ein Erfolg des Herner Bündnisses für Arbeit. Die Befristung ist auch hier ein leidiges Thema. Speziell für ältere Langzeitarbeitslose wünscht sich Dudda ein längerfristiges Fördermodul. Minister Laumann gibt zu bedenken, dass man bei längeren Maßnahmen nur wenigen Betroffenen

Burkhard Hintzsche erläutert ein Beispiel aus der Landeshauptstadt. Das Instrument des Passiv-Aktiv-Transfers erweitert den kommunalen Finanzspielraum. Mit kommunalen und ESF-Geldern richtete man in mehreren Stadtteilen Beratungsstellen („i-Punkt Arbeit“) ein – mit acht Vollzeit-Coaches zur langfristigen Begleitung von rund 300 Langzeitarbeitslosen. „43% haben eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden. Nach einem halben Jahr sind noch über 70% in ihren Jobs, ein ausgezeichneter Wert.“ Wichtig sei, dass jede Kommune

ihre eigenen Ansätze, ihre spezifischen Bündnisse und Strukturen vor Ort entwickelt. Die Kommunen mit ihrer unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur seien schließlich nicht vergleichbar, wie Karola Geiß-Netthöfel anmerkt: „Ein Projekt, das in Dortmund funktioniert, könnte in Gelsenkirchen scheitern.“ Gute Praxisideen können natürlich inspirieren – insofern fände die heutige Konferenz genau zum richtigen Zeitpunkt statt.

„Unsere Botschaft ist: Jeder Verantwortliche soll Ideen entwickeln“, erläutert Karl-Josef Laumann. „Jede Stadt muss ihre örtliche Expertise einfließen lassen, nach eigenen Gegebenheiten und Bedarf. Was ich nicht möchte: dass ein

Träger zentral einen Masterplan macht.“ Burkhard Hintzsche stimmt zu – alle mitplanen zu lassen, hilft, möglichen Widerständen von Beginn an entgegenzuwirken: „Vom Land wünsche ich mir, dass es diesen Prozess unterstützt und dass es beim Bund eine Instrumentenvielfalt durchsetzt. Dezentrales Planen nützt der Zielgruppe am meisten.“

In ihrem Schlusswort kündigt Karola Geiß-Netthöfel weitere Sozialkonferenzen an. Sie bedankt sich bei allen, die die Sozialkonferenz Ruhr organisiert und mitgestaltet haben. Das Angebot zur Mitwirkung wird Anfang Mai von den Sozialbeigeordneten in der Metropole Ruhr aufgegriffen werden.

von links nach rechts: Karl-Josef Laumann (Minister für Arbeit, Gesundheit, Soziales NRW), MdL Josef Hovenjürgen (Vors. der VV), Karola Geiß-Netthöfel (RVR Regionaldirektorin), Christiane Schönefeld (Vors. d. GF Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit), Landrat Olaf Schade (Ennepe-Ruhr-Kreis)



Herausgeber:
Regionalverband Ruhr
Die Regionaldirektorin
Kronprinzenstraße 35
D-45128 Essen

T: +49 (0)201 2069 - 0
F: +49 (0)201 2069 - 500
www.rvr.ruhr

Redaktion:
Claudia Horch
horch@rvr.ruhr

Text:
Claudia Heinrich

Foto:
Lutz Leitmann/RVR

Essen, Mai 2018